

REDEN

GEHALTEN AM 8. MAI 1920
BEI DER ÖFFENTLICHEN FEIER DER

ÜBERGABE DES REKTORATS

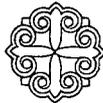
DER UNIVERSITÄT FREIBURG I. BR.

VON

DEM ABTRETENDEN REKTOR
PROFESSOR DR. EMIL GÖLLER

UND

DEM ANTRETENDEN REKTOR
GEH. HOFRAT PROF. DR. KARL DIEHL



FREIBURG IN BADEN
ERNST GUENTHER VERLAG
1920

II.

REDE DES ANTRETENDEN REKTORS
GEH. HOFRAT PROFESSOR DR. KARL DIEHL

DIE DIKTATUR DER ARBEITERKLASSE
UND DAS RÄTESYSTEM

Man hat mit Recht die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands während des Krieges und der darauf folgenden Revolutionsperiode als krisenhafte bezeichnet. Und doch wäre es falsch, diese Periode als die einer wirtschaftlichen Krise im national-ökonomischen Sinne zu bezeichnen; denn unter Wirtschaftskrisen verstehen wir in der Regel krankhafte, anormale Zustände des Wirtschaftslebens, die sich aus wirtschaftlichen Ursachen ergeben, z. B. aus Überproduktion oder Überspekulation. Im Kriege und in der Revolution haben außerwirtschaftliche, politische Ereignisse die anormalen wirtschaftlichen Erscheinungen hervorgerufen. Aus diesem Grunde sind auch die kriegswirtschaftlichen Zustände nicht so lehrreich für den Nationalökonom, wie die Wirtschaftskrisen im wahren Sinne des Worts; denn während diese auf gewisse Mängel und Fehler in der Struktur des Wirtschaftssystems hinweisen, die solche Zustände überhaupt möglich machen können, sind die Störungen während des Krieges und der Revolution von außen hereingetragen, haben mit der volkswirtschaftlichen Struktur an sich nichts zu tun. Es ist, als ob mit rauher Hand in das Räderwerk einer Uhr hineingegriffen worden wäre. Wie können die normalen wirtschaftlichen Funktionen erfüllt werden, wenn z. B. ein Land wie Deutschland, das mit tausend Fäden mit der Weltwirtschaft verbunden ist, plötzlich fast gänzlich auf die eigenen wirtschaftlichen Quellen angewiesen ist. In solchen

Zeiten muß das wirtschaftliche Leben sich den politischen und kriegerischen Notwendigkeiten vollständig unterordnen, und es ist mehr Sache des Verwaltungsbeamten als des Nationalökonomens, die Einrichtungen zu ersinnen, die notwendig sind, damit wenigstens einigermaßen trotz des Kriegs die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes befriedigt werden können. Lehrreich können solche Zeiten dennoch für den Nationalökonomens sein, denn gewisse durch die harte Kriegsnotwendigkeit erzwungene Maßnahmen sind von manchem Nationalökonomens auch für die normalen Friedenszeiten gewünscht und empfohlen worden, und so können sie aus den Wirkungen solcher kriegswirtschaftlicher Institutionen vielerlei über die Zweckmäßigkeit solcher Reformpläne auch für Friedenszeiten lernen. Gewiß werden diejenigen, die für planmäßige wirtschaftliche Organisationen eintraten, mancherlei aus den Erfahrungen, die mit den Kriegsgesellschaften der verschiedensten Gattung gemacht worden sind, gelernt haben. – Vielleicht wird auch der eine oder andere Geldreformer, der die metallistische Währung durch irgend eine Form von Papierwährung ersetzen möchte, aus der Geldwirtschaft des Krieges lehrreiches entnommen haben. Lehrreich ist aber auch diese Zeit, die wir jüngst erlebt haben und noch durchleben, in anderer Hinsicht. Sie hat uns in geradezu erschreckendem Maße gezeigt, welche verhängnisvolle Rolle das Schlagwort in den sozial-politischen Diskussionen spielt. Wie viele falsche Urteile, Hoffnungen und Befürchtungen werden durch allerlei Ausdrücke hervorgerufen, die in den öffentlichen Diskussionen immer wiederkehren, ohne daß doch irgendwie ein klarer Sinn damit verbunden werden kann. Ich habe an dieser Stelle vor vier Jahren bei der

Kaisergeburtstagfeier auf die vielerlei Mißverständnisse und Unklarheiten hingewiesen, die mit dem Schlagwort Kriegssozialismus verbunden werden¹⁾. Ich erinnere an das Schlagwort Sozialisierung, womit ebenfalls alle möglichen gänzlich disparate Dinge bezeichnet werden. Ich möchte heute auf ein Schlagwort hinweisen, das ganz besonders seit der Revolution im öffentlichen Leben eine große Rolle spielt, nämlich auf die sogenannte Diktatur des Proletariats. Auch mit diesem Schlagwort hat man alle möglichen Dinge bezeichnet. Hat man doch allen Ernstes behauptet, daß durch das neue deutsche Reichsgesetz über die Betriebsräte die Diktatur des Proletariats eingeführt wäre. Was ist unter diesem Schlagwort zu verstehen? Was ist sein eigentlicher Sinn, wie ist es von den Hauptwortführern der sozialistischen Bewegung aufgefaßt worden, es zur praktischen Durchführung gelangt? Ich will versuchen, diese Fragen zu beantworten, soweit es möglich ist, in der knappen zur Verfügung stehenden Zeit dieses Problem zu erörtern.

Eine der hervorstechendsten Eigentümlichkeiten, die wir in der russischen sozialen Revolution und in der deutschen sozialrevolutionären Bewegung beobachten, ist die große Armut an neuen Ideen und Gesichtspunkten der Betrachtung. Man sollte denken, daß so gewaltige Erschütterungen des Volkslebens, wie sie sich in dieser Zeit ereignet haben, eine Fülle neuer sozialer Ideen und Reformpläne hervorgebracht hätten. Wer einigermaßen die Geschichte der sozialen Ideen und Bewegungen des 19. Jahrhunderts

¹ K. Diehl: Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege, Stuttgart 1916.

kennt, ist geradezu überrascht, vielleicht auch beschämt darüber, daß in dieser Hinsicht so gut wie gar nichts neues zutage gefördert wurde. Die in den verschiedenen Ländern in neuester Zeit hervorgetretenen sozialistischen Bewegungen gehen alle auf ältere Theorien zurück. Und wenn auch in der deutschen Sozialdemokratie eine Spaltung in verschiedene Gruppen eingetreten ist, so sind doch die Führer der einzelnen Gruppen eifrigst bemüht, nachzuweisen, daß gerade ihr Programm die einzig wahre Erfüllung der Ideen von Karl Marx sei. Selbst die Führer der eigenartigsten und in ihrer politischen Wirkung tiefgreifendsten sozialen Bewegung der neuesten Zeit: des Bolschewismus, sind um nichts so sehr in allen ihren Schriften bemüht, als um den Nachweis, daß sie gar nichts neues wollen, sondern nur im Geiste von Karl Marx weiter gearbeitet hätten. Auch beim Gegenpol des Sozialismus, beim Anarchismus, begegnen wir derselben Erscheinung. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung in neuerer Zeit, Gustav Landauer¹⁾, betont in seinen Schriften immer wieder, daß er seine Mission darin erblicke, den Ideen Proudhons Geltung zu verschaffen. Wie ganz anders war das in den früheren sozialrevolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Welche Fülle und Mannigfaltigkeit von neuen Ideen, Anregungen und Projekten aller Art brachte die französische Februarrevolution hervor. Da traten die Saint-Simonisten, die Fourieristen, die Blanquisten, die Staatssozialisten, die christlichen Sozialisten und alle möglichen anderen derartigen Gruppen auf den Plan, alle mit den verschiedensten grundlegenden

¹ Landauer, Aufruf zum Sozialismus, Berlin 1919.

Werken, mit genau ausgearbeiteten Reformprojekten, mit eigenen Tageszeitungen, Broschüren usw. Ebenso war es in der Kommune von 1871, wo die Marxisten nur eine kleine bescheidene Rolle neben verschiedenen anderen Richtungen, die damals hervortraten spielten. Auch die Diktatur des Proletariats, die in den neuesten sozialrevolutionären Bewegungen einiger Länder, besonders in Rußland, eine so große Rolle spielt, ist nichts neues, sondern ein altes von Karl Marx schon gebrauchtes Schlagwort. Ob allerdings die Art, wie dieses Schlagwort heute aufgefaßt wird, ob die besondere Prägung, die es im Bolschewismus erfahren hat, und ob seine praktische Durchführung den Ideen von Karl Marx wirklich entspricht, soll noch besonders untersucht werden.

Zum ersten Mal in der Geschichte ist die Diktatur des Proletariats nicht nur verkündet, sondern auch praktisch durchgeführt worden und zwar in der russischen Sowjetrepublik. Ich muß zunächst einiges über die Entstehung und die Eigenart der bolschewistischen Bewegung sagen.

I. Der Bolschewismus und die Diktatur des Proletariats.

Die russische sozialistische Parteibildung hat sich in ganz anderer Weise vollzogen als in Deutschland. Während sich Deutschland seit dem Aufhören der Lassalle'schen Bewegung bis zum Weltkrieg eine geschlossene sozialdemokratische Partei auf dem Boden des marxistischen Programms gebildet hatte in einer Einheitlichkeit wie sonst in keinem anderen Land, war die russische sozialistische

Bewegung von vornherein in verschiedene Gruppen gespalten. Es gab 1. die sozialrevolutionäre Partei. Sie steht nicht auf dem Boden der marxistischen Anschauung, sondern hat spezifisch russischen Charakter. Sie bestreitet im Gegensatz zum Marxismus, daß erst von einer bestimmten Entwicklung der Produktivkräfte und des Kapitalismus der Übergang zu dieser neuen wirtschaftlichen Form möglich sei, sie meinen vielmehr, daß selbst in einem agrarischen Land wie Rußland der Sozialismus sofort durchführbar wäre. Gerade Rußland sei durch seinen agrarischen Charakter und den genossenschaftlichen Charakter der Landgemeinden zum Sozialismus berufen. Sie stützen sich dabei besonders auf das Bauerntum. Im Gegensatz hierzu steht 2. die 1898 gegründete sozialdemokratische Arbeiterpartei, die auf marxistischem Boden steht. Diese Partei war aber in sich gespalten und zwar wesentlich in Fragen der Taktik. Während der eine Teil für ein Zusammengehen der sozialistischen Partei mit jeder anderen gegen die Regierung gerichteten Bewegung eintrat und eine Stärkung der gewerkschaftlichen Bestrebung wünschte, verwarf die radikalere Richtung jedes Zusammengehen mit nichtsozialistischen Parteien und lehnte die gewerkschaftliche Bewegung ab. Auf dem Londoner Kongreß von 1903 trat der Zwiespalt offen zutage. Die von Lenin geführte Majorität trat für starke Zentralisation der Partei ein, und die andere Richtung unter Führung von Martow sah darin eine Gefahr für die Aktionsfreiheit der Partei. Die in der Mehrheit befindliche Richtung nannte sich seitdem die Partei der Mehrheitler (Bolschewiki), die andere Minderheitspartei (Menschewiki). Der Gegensatz beider Parteien trat schon in der Revolution von

1905 zutage. Diese Revolution war eine politische, keine soziale und setzte sich die Erringung einer Verfassung und das allgemeine Wahlrecht zum Ziel. Sie wurde vom Proletariat gemeinsam mit Bauern und bürgerlichen Elementen durchgeführt. Die Menschewiki traten ihrer ganzen Auffassung nach dafür ein, daß das Proletariat nicht weiter gehen dürfe, als es auch den bürgerlichen Parteien möglich war und wünschten daher einen Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien. Die Bolschewiki wollten eine restlos durchgeführte gewalttätige proletarische Revolution. Noch stärker trat der Gegensatz in der Revolution von 1917 hervor; jetzt sollte eine wirklich sozialistische, nicht eine politische Revolution durchgeführt werden. Die Bolschewiki verschmolzen daher die eigentlichen Arbeiter mit den ärmsten Bauern zu einer proletarischen Partei und stürzten die Koalitionsregierung, die sich nach der Revolution gebildet hatte und auch bürgerliche Elemente enthielt. Nach der Verjagung der Konstituante wollten sie sofort an die Durchführung der sozialistischen Pläne gehen und erklärten zu diesem Zweck die Diktatur des Proletariats. Was verstehen die Bolschewisten unter der Diktatur des Proletariats?

Die Diktatur des Proletariats hat eine doppelte Seite: eine politische und eine wirtschaftliche.

I. Die politische Bedeutung der Diktatur des Proletariats.

In ihrer politischen Grundanschauung gehen die Bolschewisten von der Theorie des Klassenkampfes aus. Die russische Revolution habe die Bedeutung, daß die Herrschaft der bürgerlichen Klassen zu Ende und daß die Arbeiterklasse zur Herrschaft berufen

sei. Ohne durch Gesetze gebunden zu sein, müsse jetzt das Proletariat die Gewaltherrschaft über alle nicht-proletarischen Elemente der Gesellschaft ausüben. Lenin definiert: „Die Diktatur ist eine unmittelbar auf Gewalt begründete Herrschaft, die an keinerlei Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre D. P. ist eine vom Proletariat erkämpfte und auf der Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie begründete Herrschaft, die an keinerlei Gesetze gebunden ist“. – (Lenin, Die D. P. und der Renegat Kautsky, Leipzig 1919, S. 5.) Dabei ist hier unter Proletariat nicht allein die eigentliche Lohnarbeiterklasse zu verstehen. Diese Klasse ist in Rußland viel unbedeutender an Zahl, als in den Industrieländern; die Bolschewisten rechnen zum Proletariat auch die Klasse der ärmsten Bauern, d. h. aller der Bauern, die keine Lohnarbeiter beschäftigen.

Die Diktatur des Proletariats ist bewußt antidemokratisch. Die Gesetze sollen nicht nach dem alten Ideal der Demokratie im Sinne Rousseaus der Ausdruck des allgemeinen Willens, der *volonté générale* sein, sondern der Ausdruck des Willens einer einzigen Klasse. Nur der allgemeine Wille kann nach Rousseau die Kräfte des Staats dem Zweck des Staats gemäß, der das allgemeine beste ist, leiten. Anstelle dieser Volkssouveränität tritt bei den Bolschewisten die Klassensouveränität des Proletariats. Sie erstreben diese Diktatur, trotzdem sie in der Konstituante nicht die Mehrheit hatten; sie waren vielmehr selbst innerhalb der sozialistischen Richtung in der Minderheit gegenüber den Menschewiki und den Sozialrevolutionären. Die Form der Diktatur des Proletariats ist das sogenannte Rätssystem. Nicht als ob das Rätssystem unbedingt mit der D.P. verknüpft sein müsse, – es ist aber

die spezifisch russische Form, in der die D.P. durchgeführt wurde. Dieses Rätssystem hat nichts zu tun mit dem Notgebilde der Arbeiter- und Soldatenräte, wie sie sich in Rußland und Deutschland nach der Revolution herausgebildet haben. Hier kann man eher von einer Systemlosigkeit der Räte sprechen. Sie sind auch grundverschieden von den Betriebsräten, wie sie im neuen deutschen Reichsgesetz eingeführt worden sind; denn hier handelt es sich um gewisse Funktionen der Arbeitervertreter innerhalb der Wirtschaftsbetriebe; sie sind eine Fortbildung der Arbeiterausschüsse in den Fabriken, die früher schon bestanden haben. Es handelt sich beim Rätssystem um ein grundlegend neues Regierungs- und Staatsgebilde. Das Rätssystem bedeutet, daß die Massenorganisation der Arbeiterklasse die Stütze und entscheidende Grundlage der ganzen Staatsmacht und des ganzen Staatsapparats werden soll. Das eigenartige dieses politischen Systems besteht darin, daß im Gegensatz zu den parlamentarischen Systemen die Vertreter der politischen Körperschaften nicht mehr nach geographisch oder territorial abgegrenzten Bezirken gewählt werden, sondern daß die Rätemitglieder aus den Arbeitern der Fabrik, der Werkstätten und der anderen Wirtschaftsbetriebe sowie aus den Bauernschaften in den Dorfgemeinden gewählt werden sollen. Von der kleinsten Gemeindevertretung bis herauf zu den höchsten Vertretungen des ganzen Landes sollen alle diese politischen Körperschaften aufgebaut sein aus Vertretungen der Wirtschaftsbetriebe. Der einzelne Wirtschaftsbetrieb sollte die Zelle sein, auf der sich der ganze politische Körper aufbaut. Aus den Betrieben, bzw. den ärmsten Bauernschaften des Dorfs werden zuerst die Vertreter für die Gemeinde-

betriebe gewählt – diese wählen wieder Vertreter in die Räte der Kreise, Bezirke und Gebiete und diese dann in das höchste Parlament, den allrussischen Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Vom obersten Parteiparlament bis zum kleinsten Dorfparlament sind die aus den Wirtschaftsbetrieben delegierten Vertreter die politischen Machthaber – und diese Vertreter sollen nicht für mehrere Jahre gewählt sein, sie können jederzeit abberufen werden. Das Eigentümliche des Rätesystems besteht ferner darin, daß an Stelle der Trennung der Gewalten nach der alten Montesquieu'schen Lehre in die gesetzgebende, verwaltende und richterliche Gewalt diese Gewalten in den Räten vereinigt werden sollen. Während die modernen Verfassungen die Trennung von gesetzgebender und verwaltender Tätigkeit festgesetzt haben, sind diese Gewalten bei der Sowjetrepublik vereinigt: die Räte sollen zugleich gesetzgeberische und verwaltende Funktionen haben. Die Rätemitglieder sollen nicht nur die Gesetze ausarbeiten, sondern auch an der Verwaltung mitarbeiten. Durch Komitees und Kommissionen sollen sie praktisch an der ganzen Staatsverwaltung, an der Agrarverwaltung, Schulverwaltung, Polizei, Heeresverwaltung und allen anderen Verwaltungszweigen beteiligt sein. Das Beamtentum und die Bureaucratie sollen dadurch beseitigt werden, daß die gewählten Rätemitglieder einen Teil der Staatsfunktion ausüben. Nach der neuesten bolschewistischen Gesetzgebung ist sogar eine Art politische Arbeitspflicht eingeführt. Alle Mitglieder der Räte müssen täglich zwei Stunden irgendeine Art von Beamtentätigkeit ausüben. „Um mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen den Bürokratismus durchzuführen, ergriff die russische kommunistische Partei folgende

Maßregeln (Das neue Parteiprogramm der Bolschewisten vom 22. März 1919 – herausgeg. von Bendix, Berlin 1920, S. 26):

1. Ein jedes Ratsmitglied ist verpflichtet, eine bestimmte Arbeit innerhalb der Staatsverwaltung auszuführen.

2. In deren Arbeiten selbst muß ein fortwährender Wechsel eintreten, der sich allmählich auf alle Gebiete der Verwaltung erstreckt.

3. Die ganze arbeitende Masse der Bevölkerung muß allmählich Kopf für Kopf, zur Arbeit innerhalb der Staatsverwaltung herangezogen werden.

Werden diese Maßregeln überall und ohne Einschränkung durchgeführt, und gelingt es so, die Verwaltungsfunktionen bei einer gleichzeitigen Erhöhung des kulturellen Niveaus der Arbeitenden zu festigen, so muß letzten Endes die Staatsgewalt sich selbst aufheben. Die Bürokratie soll nach einem Wort Lenins aufhören, wenn alle Menschen Bürokraten geworden sind. Diesem Grundsatz entsprechend werden auch sämtliche Gerichte aufgehoben und durch Volksgerichte ersetzt, deren Mitglieder aus Wahlen hervorgehen. Nur Arbeiter dürfen zu Richtern gewählt werden, und das Recht muß im Einklang mit den Tendenzen der siegreichen Revolution gesprochen werden.

Das Rätssystem ist anti-demokratisch – dies geht vor allem aus dem Wahlrecht hervor. Das aktive und passive Wahlrecht ist allein den Arbeitern vorbehalten, d. h. solchen, die durch irgend eine nützliche, produktive Arbeit ihren Unterhalt verdienen. Ausdrücklich ausgeschlossen von dem aktiven und passiven Wahlrecht sind alle Personen, die Lohnarbeiter beschäftigen, ferner alle Personen, die von Kapitalzinsen, von Einkünften aus Vermögen etc.

leben und Geistliche. Antidemokratisch ist auch die Bestimmung, daß die Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit ausschließlich der Arbeiterklasse zugesprochen werden. Antidemokratisch auch der Vorzug der städtisch-industriellen Arbeiter, die das fünf-fache Wahlrecht haben, gegenüber den Bauern. Antidemokratisch vor allem auch die Bestimmung des § 23 der Verfassung, wonach einzelnen Personen und einzelnen Gruppen die Rechte, also auch das Wahlrecht, entzogen werden können.

Charakteristisch ist ferner für die D. P. die terroristische Taktik. Freiwillig und gutwillig werde die Bourgeoisie ihre Macht nicht aus der Hand geben, sie müsse durch Gewaltakte aller Art dazu gezwungen werden; die bürgerliche Gewalt müsse gewaltsam zerstört werden, damit auf ihren Trümmern die neue Macht des Proletariats errichtet werden könne.

Damit das Proletariat diese Macht ausüben könne, ist auch die Bildung einer Armee für notwendig erachtet worden. Diese Armee, die ebenfalls nur aus Arbeiterkreisen rekrutiert und rote Armee genannt werden soll, wird als notwendiger Bestandteil des Räte-systems erklärt. „Im Interesse der ganzen Machtfülle für die arbeitenden Massen und der Beseitigung jeder Möglichkeit einer Wiederherstellung der Gewalt der Ausbeuter wird die Bewaffnung der Arbeiter und die Bildung einer roten Armee aus Arbeitern und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.“ Dagegen werden diese Rechte ausdrücklich allen andern Kategorien der Bürger entzogen.

Die D. P. soll aber nur eine vorübergehende Regierungsform sein. Sie soll das notwendige Übergangsstadium zwischen dem

Staate der kapitalistischen Herrschaft und der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsform sein. Wenn erst einmal bestimmte neue wirtschaftliche Grundbedingungen geschaffen sind – auf die ich gleich hinweisen werde – dann werden die Beamten und Verwaltungsfunktionen noch weiter überflüssig werden, dann braucht man überhaupt keine Staatsgewalt mehr, dann wird der Staat „absterben“ und eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft an seine Stelle treten.

2. Die wirtschaftliche Bedeutung der Diktatur des Proletariats.

„Durch die D.P. zum Kommunismus! Das ist die Losung unserer Partei,“ erklärt der Bolschewist Bucharin. Die Räterepublik soll ihre politische Macht dazu benutzen, um auf wirtschaftlichem Gebiet das Endziel, die kommunistische Gesellschaftsform allmählich zu erreichen. Die Lehre vom Klassenkampf wird, wie auf das politische Gebiet, so auch auf das wirtschaftliche Gebiet angewendet. Die russische Revolution hat nach bolschewistischer Ansicht die Auflösung der kapitalistischen Ordnung und der kapitalistischen Arbeitsdisziplin bewiesen. Jetzt sei die Arbeiterklasse imstande und auch reif genug, die Produktionsmittel in Besitz zu nehmen und die Produktion zu organisieren: „Um die Produktivkräfte der Wirtschaft zu heben, um den Widerstand der Bourgeoisie, die die Agonie der alten Gesellschaft verlängert und damit zur Gefahr der vollständigen Ruinierung des Wirtschaftslebens führt, möglichst sofort zu brechen, muß die proletarische Diktatur die Enteignung der Großbourgeoisie und des Junkertums durchführen und die Mittel der Produktion und des Verkehrs in gemeinsames Eigentum des proletarischen Staates verwandeln.“ Keineswegs bedeutet die D.P.,

daß die vorhandenen Produktionsmittel an die Arbeiter aufgeteilt werden sollen, oder daß die einzelnen Fabriken den dort beschäftigten Arbeitern zu Eigentum übertragen werden sollen. Vielmehr sollen die vorhandenen Produktivkräfte möglichst zentralisiert werden. Daher müßten vor allen Dingen in die Verfügungsgewalt der Arbeiter übergeführt werden: der ganze Apparat der Großbanken, alle Gemeindeunternehmungen, die Produktionszweige, die bereits kartelliert sind, und alle industriellen Großbetriebe. Die landwirtschaftlichen Güter sollen sozialisiert werden und in gesellschaftlich geleitete Betriebe verwandelt werden. Die kleinen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe sollen allmählich zu Großbetrieben vereinigt werden. Zunächst sollen die kleinen Eigentümer nicht expropriert werden und alle Eigentümer, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, sollen keinen Gewaltmaßregeln ausgesetzt sein. Ganz allmählich sollen sie durch das Beispiel der sozialisierten Großbetriebe auch in die sozialistische Großproduktion eingezogen werden. Je mehr und je besser es dem Proletariat gelinge, zentralisierte Verwaltungsorgane der Produktion zu schaffen und die Arbeiterverwaltung zu verwirklichen, um so besser und schneller würden die Aufgaben der proletarischen Diktatur gelöst.

Ein weiterer Programmpunkt, der mit der D. P. zusammenhängt, ist die Einführung der Arbeitspflicht für die Reichen. Damit nicht der Arbeiterklasse dadurch Schaden zugefügt werde, daß reiche Leute müßig gehen, soll für die Reichen die Arbeitspflicht eingeführt werden und zwar so, daß jede Person, die über 500 bis 600 Rubel monatlich einnimmt, jede Person, die Arbeiter beschäftigt oder Dienstboten hält, ein Konsumarbeitsbüchlein erhält.

Nur auf Grund eines solchen Büchleins, worin die Arbeit, die der Betreffende leistet, notiert ist, kann der Reiche Unterhaltungsmittel, aber in bedeutend geringerem Ausmaße als die Lohnarbeiterklasse, erhalten. Die Arbeitspflicht der Reichen soll den Uebergang zur allgemeinen Arbeitspflicht bilden. „Mit der Einführung der Arbeitspflicht sollten wir unverzüglich beginnen, aber sie mit großer Allmählichkeit und Bedachtsamkeit durchführen, indem wir jeden Schritt durch praktische Erfahrung überprüfen und selbstverständlich als ersten Schritt die Einführung der Arbeitspflicht für die Reichen tun. Die Einführung eines Arbeits- und Konsum-Budgetbuches für jeden Bourgeois, darunter auch den bäuerlichen, wäre ein erster Schritt vorwärts zur völligen „Einkreisung“ des Feindes und zur Schaffung einer tatsächlich allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Erzeugnisse.“ (Lenin.)

„Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post zu organisieren und zwar so, daß alle unter der Kontrolle und Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein den Arbeiterlohn nicht übersteigendes Gehalt beziehen.“ (Lenin). Auf diese Weise soll durch die D.P. erreicht werden, daß die Arbeiterklasse nicht nur zur tatsächlichen Herrschaft in der Verwaltung der Armee, des Gerichts, der Schulen und anderer Behörden wird, sondern auch in der Verwaltung der Produkte. Zur Durchführung der D.P. soll ferner eine Arbeiterkontrolle eingerichtet werden und dieser sollen die Kapitalisten – soweit man ihrer noch bedarf – unter die Kontrolle der Arbeiter und Angestellten gestellt werden. – Als Organ der Arbeiterkontrolle werden Betriebsräte eingeführt für

alle wirtschaftlichen Unternehmungen, sowohl für die sozialisierten als die nichtsozialisierten. Die Rechte und Befugnisse der Arbeiter in diesen Betriebsräten gehen weit über die entsprechenden Bestimmungen in dem deutschen Betriebsrätegesetz hinaus. Während nach dem deutschen Betriebsrätegesetz die Arbeiter nur ein Mitbestimmungsrecht und gewisse Kontrollbefugnisse neben den Unternehmern haben, soll durch die russischen Betriebsräte die Oberherrschaft der Arbeiterklasse über die Unternehmer und höheren Angestellten statuiert werden. Diese Betriebsräte sollen nicht nur die ganze Produktion beaufsichtigen, das Mindestmaß für die Arbeitsleistung des Betriebes festsetzen, sondern sie haben namentlich auch das wichtige Recht, den ganzen geschäftlichen Briefwechsel zu kontrollieren. Während nach dem deutschen Reichsgesetz (§ 71) der Betriebsrat nur das Recht hat, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er über die Betriebsvorgänge Aufschluß gibt, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, ist in dem russischen Gesetz ausdrücklich das Geschäftsgeheimnis aufgehoben. Die höchste Instanz für alle mit der Arbeiterkontrolle verbundenen Arbeitsangelegenheiten ist der allrussische Rat der Arbeiterkontrolle, der allgemeine Pläne für die Kontrolle, Instruktionen etc. ausarbeiten muß.

Durch die hier geschilderten Maßregeln soll aber nur die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, die sozialistische Gesellschaft durchgeführt werden. Es handelt sich zunächst um die sozialistische Gesellschaftsform, weil vorläufig allein die Produktionsmittel, also Fabriken, Maschinen etc., in den Besitz der Gemeinschaft übergeführt werden sollen. In dieser Ge-

sellschaftsordnung sind die Verbrauchsgegenstände, die Lebensmittel etc. noch Privatbesitz d. h. jeder kauft mit dem für die geleistete Arbeit erhaltenen Lohn die Bedarfsgegenstände, die er haben will. Damit ist aber noch nicht die völlige Gleichheit erreicht; denn die einzelnen Arbeiter sind nicht gleich. Der eine ist stärker, der andere schwächer, der eine verheiratet, der andere nicht, der eine hat mehr, der andere weniger Kinder. Wenn jeder Arbeiter auf Grund seiner geleisteten Arbeit einen bestimmten Anteil am gesellschaftlichen Gesamtertrag erhält, gibt es doch wieder solche, die wohlhabender sind als andere. Gleichheit wird erst erreicht in der kommunistischen Gesellschaft, wo die Verteilung der Produkte nicht nach der individuellen Arbeitsleistung, sondern nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Einzelnen erfolgt. Die Bedürfnisse sind aber tatsächlich ungleich, z. B. je nach der Familiengröße. Es wird eben erst dann Gleichheit erreicht, wenn auf Grund dieser tatsächlichen Bedürfnisse der einzelnen die Verteilung stattfindet. Wenn erst einmal eine so hohe Entwicklung der Produktivkräfte erreicht sei, daß alle Lebensbedürfnisse überhaupt im größten Maße befriedigt werden könnten, dann dürften auch die einzelnen Volksgenossen nach ihren Fähigkeiten freiwillig arbeiten und sollen dann auf Grund dieser Fähigkeiten und ihrer Bedürfnisse Anteil am Gesellschaftsertrage erhalten. Die erste Phase mit ihrer Disziplin, mit ihrer scharfen Kontrolle und Regelung der Arbeit ist also keineswegs das Ideal der Bolschewisten. Das Ideal der Bolschewisten ist erst erreicht, wenn alle Volksgenossen in freiwilliger Tätigkeit durch ihre Arbeit ihren Anteil zur Gesamtarbeit der Gesellschaft leisten: „Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase und somit

auch der Weg zum völligen Absterben des Staates offen stehen.“ (Lenin).

Diese D.P., die also zunächst im nationalen Rahmen des russischen Staates durchgeführt wird, soll aber weiter geführt werden zu einer internationalen D.P. Die russische Revolution soll der Auftakt zu dieser Weltrevolution sein.

Die Bolschewisten betonen immer wieder in ihren Schriften und Parteiprogrammen, daß sie die D. P. keineswegs nur für Rußland errichten wollen, sondern daß sie dies für eine internationale Forderung ansehen. Nach ihrem Beispiel müßten alle anderen Völker diese Diktatur verkünden. Hierdurch könnte die russische D.P. Bestand, Dauer und volle Wirkungskraft erhalten.

II. Die Stellung des Marxismus, Anarchismus und Syndikalismus zur Diktatur des Proletariats.

Nachdem ich so zu zeigen versucht habe, worin der politische und wirtschaftliche Sinn der D. P. besteht, und wie sie in der russischen Sowjet-Republik zu verwirklichen versucht wurde, drängt sich die Frage auf: Ist diese D. P. nicht die Verwirklichung der Gedanken von Karl Marx? Die Lehren vom Klassenkampf und vom Absterben des Staats, die Forderung der Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse, die terroristische Taktik und der Ausblick auf die politische Weltrevolution, sind das nicht Gedanken, die dem Arsenal von Marx entnommen sind? Hat nicht dieser einflußreichste und erfolgreichste Führer der sozialistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts dieses Programm bereits aufgestellt, und führt die Linie der Entwicklung

nicht vom kommunistischen Manifest, das Marx und Engels im Jahre 1848 als allgemeine Richtlinie für die sozialistische Bewegung aller Länder aufgestellt haben, über die Pariser Kommune, den ersten mißglückten Versuch einer D. P., zur neuesten Verwirklichung dieser Forderung und damit schließlich im Sinne von Marx zu einer internationalen sozialistischen Revolution?

In der Tat finden wir diese Auffassung bei allen Führern der bolschewistischen Bewegung, und so hat auch der Herausgeber der bolschewistischen Gesetzgebung Klibanski erklärt, daß in den Deklarationen der russischen Räterepublik sich die Grundgedanken des rein sozialistischen Staatsgedankens nach den unverfälschten Lehren von Marx und Engels erkennen ließen. Richtig ist, daß Marx, wie die Bolschewisten, die Forderung der D. P. aufgestellt hat, und daß diese Forderung auch bei ihm mit seiner Lehre vom Klassenkampf zusammenhängt. In Übereinstimmung mit Marx lehnen die Bolschewisten jede sozialistische Politik ab, die durch allmähliche Sozialreform oder mit Hilfe der bestehenden Staatsgewalt durch staatliche Reformgesetzgebung das Endziel, die sozialistische Gesellschaftsform erreichen will. Es ist echt marxistisch gedacht, wenn sie erklären, daß nur durch einen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapital- und Grundbesitzer der Sozialismus durchgeführt werden könnte. Ebenso sind auch die aufgestellten Endziele: Beseitigung zuerst des Privateigentums an den Produktionsmitteln als erste Stufe (sozialistische Gesellschaftsform), dann als zweite Stufe auch Beseitigung des Eigentums an Konsumtionsmitteln (kommunistische Gesellschaftsform), marxistisch. Echt marxistisch ist auch die Auffassung vom „Absterben des Staates“,

die Idee, daß mit der kommunistischen Gesellschaft jede politische Gewaltherrschaft, jede Form des Staats aufhöre, und daß an dessen Stelle eine wirtschaftliche Assoziation trete. Insoweit das bolschewistische Postulat der D. P. mit diesen beiden Marx'schen Grundgedanken zusammenhängt, ist eine gewisse Übereinstimmung nicht abzuleugnen. Das sind aber auch die einzigen übereinstimmenden Gedanken. Also die Ablehnung jeder Kompromiß- oder Konzessionspolitik gegenüber anderen Gesellschaftsklassen und dem bestehenden Staat. Ferner das letzte Endziel der gesellschaftlichen Umwälzung. In allem übrigen steht dagegen die bolschewistische Auffassung der D. P. in direktem Gegensatz zu der eigentlichen Grundanschauung von Karl Marx. Die spezielle Auslegung des Begriffs, D. P. bei den Bolschewisten ist grundverschieden von der Marx'schen Fassung dieses Begriffs. Die ganze Art der Durchführung der sozialen Revolution, das Rätssystem, die sofortige Vollsozialisierung, die terroristische Taktik, das alles steht im schroffsten Widerspruch zu den Ideen von Karl Marx.

Stets war Marx, nachdem er sich von der deutschen idealistischen Philosophie und speziell vom Hegelianismus abgewandt und seine eigene neue philosophische Grundanschauung, die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung, begründet hatte, Vertreter des Gedankens der Evolution und konnte daher nicht revolutionär sein im Sinne des Bolschewismus. Sein Grundgedanke war der, daß im Laufe allmählicher Entwicklung von selbst und unabhängig vom Wünschen und Wollen der Menschen mit Notwendigkeit erst die sozialistische und dann die kommunistische

Gesellschaftsform kommen müsse. Dies wäre dann der Fall, wenn die wirtschaftlichen Produktivkräfte sich soweit entwickelt hätten, daß die gesellschaftliche Form, in welcher diese Kräfte bisher ausgenutzt wurden, nämlich die des kapitalistischen Privateigentums, neuen gesellschaftlichen Formen Platz machen müsse. Wenn das Privateigentum nicht mehr im Stande sei, diese gewaltigen Kräfte zu zügeln, könne nur durch eine neue organisatorische gesellschaftliche Leitung der Produktivkräfte das Wirtschaftsleben gedeihlich durchgeführt werden. Das Privateigentum werde dann nicht beseitigt, weil es ungerecht wäre, sondern es müsse untergehen, weil es veraltet wäre. Das ist der Sinn des Gedankens der sozialen Revolution, der sich so oft bei Marx findet. Er versteht darunter die tatsächliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ob sich aber diese Umwandlung auf friedlichem oder gewaltsamem Wege vollzieht, ist für ihn immer eine nebensächliche Frage. Nur dann, wenn der Kapitalismus auf einem gewissen Höhepunkt angelangt wäre, sodaß sich schroff gegenüberstünden: Großbetriebe in wenigen Händen Einzelner, auf der anderen Seite eine immer wachsende zahlreiche Lohnarbeiterschaft, und wenn zugleich dieses Proletariat die nötige geistige, wirtschaftliche und sittliche Reife erlangt habe, um den Klassenkampf erfolgreich durchführen zu können, dann sei der Zeitpunkt für diese neue Gesellschaftsordnung gekommen.

Es ist kein Zufall, wenn Lenin und Trotzki so gern auf das kommunistische Manifest für ihre Behauptung, daß sie marxistische Grundgedanken vertreten, hinweisen. Denn in dieser ersten Periode des Wirkens von Marx war er allerdings weit mehr als in seinen

reiferen Jahren von revolutionärem Geiste und von der Hoffnung auf den Erfolg einer sozialen Revolution erfüllt. Wenn es dort heißt: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen, sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern, die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen“, so muß beachtet werden, daß dieses Manifest Ende 1847 geschrieben und Anfang des Jahres 1848 erschienen ist. Einmal war es die Zeit der Sturm- und Drangperiode von Marx, in der er in seiner ganzen geistigen Entwicklung noch von dem revolutionären Geist erfüllt war, der für seine erste Lebensperiode charakteristisch ist. Dazu kamen aber die Zeitverhältnisse der Jahre 1847/1848, unter denen man allgemein auf das Ausbrechen großer politischer Revolutionen mit Bestimmtheit rechnete. Es war ferner eine Zeitperiode, in welcher in den Hauptkulturländern das allgemeine Wahlrecht noch nicht errungen war. Da unter solchen Umständen die Erringung größerer politischer Macht seitens der Arbeiterklasse auf dem gesetzlichen parlamentarischen Wege nicht möglich war, verwies Marx das Proletariat darauf, die politische Revolution zu benutzen, um sie im Interesse ihrer politischen und ökonomischen Machtverhältnisse zu gebrauchen. Wenn dann auch die Proletarierklasse durch die Revolution noch nicht zur sofortigen Erreichung ihres Endziels, der Expropriation der Kapital- und Grundbesitzer befähigt würde, so doch zur Vorbereitung und Stärkung ihrer Machtposition, um sich für dieses

Endziel vorzubereiten. Von dieser hoffnungsvollen Stimmung auf die Wirkung revolutionärer Bewegungen ist Marx in den 50er, 60er, 70er Jahren immer mehr abgekommen und seine evolutionären Grundanschauungen sind zum Durchbruch gelangt. In seiner geistigen Entwicklung befestigten sich immer mehr bei ihm die Grundgedanken seiner wirtschaftlichen Entwicklungslehre, die ihn mit größerer Skepsis gegenüber der Wirkungskraft revolutionärer Gewaltaktionen erfüllen mußten. Vor allem aber waren es die Erfahrungen, die er bei den sozialrevolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts, der Chartistenbewegung, der Februar-Revolution und der Kommune machte. Auf Grund dieser Erfahrungen kam er dazu, immer wieder zu betonen, daß er seine Anschauungen in Bezug auf den Erfolg revolutionärer Aktionen revidieren müsse, und daß er auf die revolutionäre Taktik nicht mehr das Gewicht lege wie früher. Je mehr demokratische Verfassungen in den verschiedenen Ländern zur Durchführung gelangten, um so mehr hielt er auch die Notwendigkeit revolutionären Vorgehens nicht für unbedingt gegeben. Er war der Meinung, daß in Ländern mit streng durchgeführter demokratischer Verfassung auch ohne Revolution auf legalem Wege das Ziel des Proletariats zu erreichen sei.

Es ist klar, daß nach dieser Darlegung der Grundanschauungen von Marx über die soziale Revolution, die ganze Art und Weise, wie die Bolschewisten die Revolution in Rußland durchgeführt und aufgefaßt haben, in direktem Gegensatz steht. Nicht nach marxistischem, sondern nach blanquistischem Muster ist die bolschewistische Revolution durchgeführt. Blanqui und Blanquistische Taktik wurden immer energisch von Marx abgewiesen. Blanqui

war im Gegensatz zu Marx der Typus des revolutionären Sozialisten, der meinte, daß man durch gewaltsame Angriffe auf die Bourgeoisie diese aus ihrer Machtstellung verdrängen könne. In seinem offiziellen Organ, dem *Moniteur republicain* vom Mai 1838, sagt er einmal: „Es ist gewiß schön, Atheist zu sein, aber das ist nicht genug; man ist kein Mann des Blutes, um sparsam das schuldige Blut fließen zu lassen; es gibt nur ein einziges Mittel, das man anwenden kann: den Königsmord, den Tyrannenmord, den Meuchelmord oder wie man sonst diesen heroischen Akt nennen will.“ Blanqui geht in seiner Anschauung zurück auf Babeuf, der schon zur Zeit der großen französischen Revolution durch eine Verschwörung zum Sturze der besitzenden Klasse und zur Herrschaft der Nichtbesitzenden kommen wollte. Daher nannte man die Blanquistische Bewegung auch Babouvismus. Von dieser Blanquistischen und Babouvistischen, wie überhaupt von jeder gewaltrevolutionären Taktik ist Marx in den 50er und 60er Jahren abgekommen. Ausdrücklich wird in der Vorrede zu der neuen Auflage des kommunistischen Manifests vom Jahre 1872, das von Marx und Engels unterzeichnet ist, die revolutionäre Taktik als veraltet bezeichnet. „Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. – Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und wird deshalb durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende von

Abschnitt II vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln gelegt. — Dieser Passus würde heute in vielen Beziehungen anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten 25 Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Mal zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet.“ Charakteristisch für die grundverschiedene Auffassung ist der Titel einerseits der Schrift von Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ und der Titel der Schrift eines der Führer der Bolschewisten, Radek: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat.“ Damit ist auch die Stellung von Marx zu den früheren sozialistischen Revolutionen gegeben, besonders zur Februarrevolution. Auch damals gab es schon eine latente D. P. Als am 24. Februar 1848 der Sieg des revolutionären Proletariats in Frankreich entschieden war, war diese Revolution, welche zunächst von der dynastischen Linken der Abgeordnetenkammer, an deren Spitze Odilon Barrot stand, ausgegangen war, während des Straßenkampfes unter die Führung der Sozialisten gekommen, die die Oberhand behielten. Die nach dem Sturz des Königtums eingesetzte provisorische Regierung war fast vollständig aus Sozialisten zusammengesetzt. Jetzt mußte die Regierung, von Arbeitern berufen, auch Maßregeln zugunsten des Arbeiterstandes treffen. Damals war die revolutionäre Kampfparole ausgegeben worden, Sturz der Bourgeoisie, Diktatur der Arbeiterklasse. „Aber“, so erklärt Marx,

„das Proletariat sei durch die Entwicklung der übrigen Klassen noch nicht befähigt gewesen, die revolutionäre Diktatur zu ergreifen.“ Marx führt dann den Gedanken aus, daß in Frankreich infolge der starken agrarischen und kleinbürgerlichen Bevölkerung die Aussichten der sozialen Revolution nicht günstig seien. Vor allem aber ist der weitere Unterschied zwischen Marxismus und Blanquismus zu beachten, daß die bolschewistische Politik bewußt antidemokratisch ist, während Marx stets Demokrat war. Allerdings hat Marx selbst einmal erklärt, und das ist die Stelle, die immer wieder von Lenin und den anderen Bolschewisten zitiert wird: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre D.P.“ Aber wie ist diese Stelle zu verstehen? Marx will an dieser Stelle sagen, daß der „Staat“ sich stets den herrschenden Klassenverhältnissen anpasse, daß daher eine völlige Staatsumbildung stattfinden müsse, um zum Sozialismus zu gelangen, und – das ist sein weiterer Gedanke – selbst in einer demokratischen Republik müsse eine politische Übergangsperiode eintreten, damit sich die politische Neugestaltung entsprechend den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen durchführen lasse. Für eine solche Übergangsperiode oder, wie er es früher einmal ausgedrückt hat, als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, fordert er die D.P. Aber, und dadurch unterscheidet er sich wieder prinzipiell von den Bolschewisten: Mit der D.P. soll nicht eine neue mit der Demokratie in Widerspruch stehende Regierungsform geschaffen

werden, sondern nur ein kurzer vorübergehender Ausnahmezustand. Eine politische Übergangsperiode sollte es sein, aber keine politische Neu-Gestaltung –; nicht die Staatsform während einer ganzen historischen Epoche. Allerdings betrachten die Bolschewisten die D.P. auch nur als ein Zwischenstadium zwischen der kapitalistischen und der staatlosen kommunistischen Gesellschaft, aber es soll sich doch um Jahrzehnte, um Generationen handeln. Hiervon ist bei Marx niemals die Rede. Die demokratischen Formen sollen vielmehr erhalten und nur mit anderem Inhalt erfüllt werden und nie hat Marx über neue politische Formen, die im Gegensatz zu den demokratischen Verfassungsformen stehen, gesprochen. Eine politische Entrechtung ganzer Volksklassen würde im strikten Gegensatz zur Auffassung von Marx stehen. Immer wieder bekennt sich Marx zu dem Grundsatz der Demokratie, und sein Mitarbeiter Engels sagt in einer Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs von 1891: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist die spezifische Form für die D.P.“ Schon im kommunistischen Manifest erklärt Marx, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie sei! – Die D. P. im Sinne von Marx sollte also die Tatsache zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterklasse die Herrschaft erlangt habe, sie sollte aber nie das Mittel sein, um einer bestimmten Schicht des Proletariats die Herrschaft zu erobern.

Wenn die Bolschewisten darauf hinweisen, daß sie wie Marx die soziale Revolution als eine internationale ansehen wollen, so

ist auch hier ein großer Unterschied zwischen Marxismus und Bolschewismus festzustellen. Marx hat, getreu seiner materialistischen Geschichtsauffassung, die sozialistische Bewegung allerdings als eine internationale aufgefaßt, aber in dem Sinn: Da der Kapitalismus allmählich in alle Länder eindringe, müsse auch seine Folgererscheinung, das Lohnarbeiterproletariat, in wachsendem Maß in allen Ländern in die Erscheinung treten und dadurch der Klassenkampf ein internationaler werden. Bei dieser sozialen Umwälzung müßten die Länder die Führung haben, in denen der Kapitalismus am reifsten und entwickeltsten sei, und dadurch die Gegensätze der Kapitalisten- und Arbeiterklasse sich am schroffsten zuspitzen, also vor allen Dingen in den Industrieländern, England voran. Nach den heutigen Zuständen müßte man sagen, zuerst in Amerika. Daher sagt auch Marx: „Die Lösung, sie beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze Englands.“ Ganz anders die Bolschewisten. Bei ihnen sind es die chialistischen Hoffnungen auf ein kommendes neues Weltreich, das allen Menschen in der Zukunft neues Heil bringen soll. Sie wollen ihr Ideal der ganzen Menschheit predigen, wollen der ganzen Menschheit die Gleichheit bringen. Es ist der für den Russen charakteristische Zug, seine Ideen und Ideale der ganzen Welt übertragen zu wollen, wie Dostojewski in seinen politischen Schriften es einmal ausspricht: „Ich spreche jetzt nicht von der Herde Christi, sondern von unserem russischen ‚Sozialismus‘, dessen Ziel es ist, die Kirche aller Völker zu werden, soweit die Erde diese ‚Kirche‘ überhaupt verwirklichen kann. Ich spreche

ferner von dem unstillbaren Durst nach der großen, allgemeinen, allbrüderlichen Vereinigung im Namen Christi, einer Idee, die im russischen Volke immer gegenwärtig ist. Und wenn diese Vereinigung auch erst im Wunsche und im Gebet besteht, nicht in der Tat, so treibt doch der religiöse Instinkt dieser millionenköpfigen Masse nicht zu mechanischen Formen: nicht im Kommunismus liegt der Sozialismus des russischen Volkes, sondern es glaubt sein Seelenheil in der Vereinigung aller Völker im Namen Jesu Christi zu finden. Das ist unser russischer Sozialismus.“

Wenn die Bolschewisten die Pariser Kommune als erste Stufe auf dem Wege zur Diktatur und zum Rätssystem ansehen und Marx als begeisterten Anhänger dieser Kommune bezeichnen, so ist auch diese Behauptung nicht zutreffend. Marx hat diese revolutionäre Bewegung anfänglich überhaupt nicht gebilligt, sie von vornherein für verfrüht und verfehlt erklärt und zwar wegen des agrarischen und kleinbürgerlichen Charakters, den Frankreich damals an sich trug. Erst als die Revolution zum Ausbruch kam, hat er sie unterstützt, wie alle Bewegungen, die dazu beitragen konnten, die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse zu stärken. Aber die ganze Bewegung konnte nicht von Marx gebilligt werden, weil sie im Grunde genommen eine kleinbürgerliche war. Die Mitglieder des Kommunrates waren nur zu einem Teil Arbeiter, zu einem andern Teil Kleinbürger, Vertreter der liberalen Berufe etc. Auch war sie in keiner Weise in dem Sinne terroristisch wie der Bolschewismus. Die Kommune erbat sich von der Bank von Frankreich einen Kredit von einer Million Francs und stellte zugleich Wachen zu ihrem Schutz vor ihren Gebäuden auf, während einer

der ersten Schritte der Sowjetregierung die Beschlagnahme sämtlicher Banken war.

Auch das russische Rätssystem kann nicht mit der politischen Verfassung der Kommunerepublik auf dieselbe Stufe gestellt werden. Wenn auch Marx der Kommune nachrühmt, daß bei ihr gesetzgebende und vollziehende Gewalt vereinigt gewesen wären, so war dies doch nicht im Sinne des bolschewistischen Rätessystems verstanden. Die Kommune hatte vor allem kommunalistischen Charakter. Sie kämpfte gegen die übermäßige Zentralisation in Paris gegenüber den Gemeinden und lokalen Behörden. Die Selbstverwaltung der Gemeinden sollte verstärkt werden, die Kommune wollte verkünden, daß jedem Landbezirk und jeder größeren Gemeinde jetzt das Recht zuteil werden solle, ihre politischen und sozialen Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu ordnen und nicht nach den Weisungen der Zentralbehörden. Vor allem aber ist der grundlegende Unterschied zwischen der Kommune und der Sowjetrepublik darin zu erblicken, daß in der Pariser Kommune am allgemeinen Wahlrecht festgehalten wurde. Das Zentralkomitee der Kommune betrachtete sich von vorneherein nur als Provisorium, und sehr bald nach dem Zusammentreten des Kommunerrats wurden Wahlen auf Grund des allgemeinen Stimmrechts vorgenommen, wobei 71 Anhänger und 21 Gegner der Kommune gewählt wurden.

Wie wenig marxistisch die Grundforderungen des Bolschewismus: D.P. und Rätssystem sind, geht auch daraus hervor, daß gerade diese Forderung eine Spaltung in den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder hervorgerufen hat und zwar so, daß die

älteren Parteien, die wie die deutschen Mehrheitssozialisten, auf dem Boden des marxistischen Programms stehen, sich der bolschewistischen Bewegung gegnerisch gegenüber verhalten haben und sich besondere Gruppen abgespalten haben, welche den bolschewistischen Ideen zugestimmt haben. In Deutschland hat die Partei der Unabhängigen zwar die D.P. und das Rätssystem von den Bolschewisten übernommen, sich aber gegen die terroristische Taktik ausgesprochen und außerdem die parlamentarische Betätigung bejaht. Allein der Spartakusbund, der nicht nur die gesamten Forderungen der Bolschewisten, sondern auch ihre terroristische Taktik übernommen hat, hat Gnade vor den Augen der Bolschewisten gefunden und eine Einladung zu der 3. Internationale in Moskau erhalten, welche die Bolschewisten im Gegensatz zu der alten, der 2. Internationale, gegründet hatten.

Die Richtlinien dieser 3. Internationale wurden von Lenin zusammen mit einem Vertreter des deutschen Spartakusbundes ausgearbeitet. Zu dieser 3. Internationale erhielten außer dem deutschen Spartakusbund andere auf dem Boden derselben Anschauungen stehende Gruppen aus den übrigen Ländern Einladungen, darunter auch die Syndikalisten. In der Tat haben die Bolschewisten viele Berührungspunkte mit den Syndikalisten und mit den Anarchisten. Die Gegner der Bolschewisten, besonders die Menschewiki, bezeichnen sie daher mit Vorliebe als anarcho-syndikalistische Bewegung. An dieser Bezeichnung ist soviel richtig, daß auch die Anarchisten den demokratischen Parlamentarismus, wie überhaupt die parlamentarische Betätigung bekämpfen und das Schwergewicht der Betätigung der Arbeiterschaft auf die wirtschaftliche Aktion legen wollen. Auch die terroristische

und putschistische Taktik, welche ein großer Teil der Anarchisten vertritt, haben sie mit den Bolschewisten gemeinsam. Sie unterscheiden sich aber wieder dadurch, daß sie Anhänger des dezentralistischen föderalistischen Prinzips sind, während die Bolschewisten, wie wir gesehen haben, für eine starke Zentralgewalt eintraten. Auch die Syndikalisten sind einig mit den Bolschewisten in ihrer Gegnerschaft gegen den demokratischen Staat und gegen den Parlamentarismus und betonen auch die revolutionäre Betätigung der Arbeiter in ihren Betrieben und in ihrer Berufsorganisation. Aber – und dadurch unterscheiden sie sich wieder prinzipiell von den Bolschewisten – sie wollen keine neue politische Partei bilden, sie sind Gegner aller politischen Betätigung überhaupt und wollen nur durch direkte wirtschaftliche Aktion innerhalb der beruflichen Gruppen und der Betriebe wirken.

Somit glauben wir nachgewiesen zu haben, daß der Bolschewismus nicht auf marxistischen Theorien beruht, sondern in seinen wesentlichen Grundzügen auf revolutionäre Sozialisten wie Babeuf und Blanqui, auf syndikalistische und anarchistische Theorien aus den romanischen Ländern und auf russische Anarchisten wie Bakunin und Herzen zurückgeht. Überhaupt ist der spezifisch russische Charakter der bolschewistischen Lehren und Maßnahmen unverkennbar. Auf ältere russische Vorgänge geht auch das Räte-system zurück. Es knüpft an ähnliche Einrichtungen, die bereits in der Revolution von 1905 bestanden haben. Schon nach den Metzeleien des 9. (22.) Januar 1905, wurden Arbeiterdeputiertenräte in Petersburg gewählt. Die Regierung suchte Fühlung mit der Arbeiterschaft und forderte zu diesem Zweck zur Wahl von Depu-

tierten auf. Der Arbeiterdeputiertenrat bestand nach den Ende November 1905 angenommenen Bestimmungen aus Deputierten von jeder Fabrik mit mindestens 400 Arbeitern. Auch der Gedanke der Vereinigung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt wurde schon vertreten. Der „Verband der Verbände“, dessen Kern die freie Vereinigung liberaler Berufe war und der sich im Lauf der ersten Monate des Jahres 1905 zum Zweck der Verfolgung politisch-demokratischer Ziele gebildet hatte, publizierte das Projekt einer konstituierenden Versammlung, welche in 968 Wahlkreisen des Reichs von allen über 21jährigen Bürgern beiderlei Geschlechts gewählt, die gesamte gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt in sich vereinigen sollte: Die Diktatur der Masse also und die Schaffung eines monströsen zentralen Revolutionstribunals.

3. Kritischer Rückblick.

Selten ist der Nationalökonom in der Lage, über kühne Reformpläne von Sozialisten und Sozialreformern der verschiedenen Schattierungen aus den praktischen Erfahrungen heraus Kritik zu üben; denn in der Regel sind diese Pläne unausgeführt geblieben, sie blieben Gedankengebilde, die niemals Fleisch und Blut gewannen. Die D. P. und das Rätssystem sind tatsächlich zur Durchführung gelangt: an ihren Früchten können wir sie erkennen.

Die Kritiker der bolschewistischen Bewegung überhaupt, wie besonders der von den Bolschewisten durchgeführten D. P. und des Rätessystems, machen häufig den Fehler, daß sie die ganze Schuld an den schweren Mißständen und Kalamitäten der heutigen russischen Volkswirtschaft den bolschewistischen gesetz-

geberischen Maßnahmen zur Last legen. Es ist zu bedenken, daß Rußland durch die Kriegereignisse aufs schwerste getroffen wurde, daß wie die meisten kriegführenden Länder, besonders auch Rußland durch den Krieg selbst in eine Trümmerstätte verwandelt wurde. Zum großen Teil ist die elende Lage, in der sich heute die russische Industrie und Landwirtschaft befindet, auf den Krieg und die damit zusammenhängenden Ereignisse zurückzuführen. Wenn man dies auch zugibt, muß doch der objektive Beurteiler der dortigen Zustände zum Resultat kommen, daß die ganze bolschewistische Politik in der Hauptsache Fiasko erlitten hat, daß fast alle großen Hoffnungen und Erwartungen, welche die Bolschewisten an ihre Neuordnung der russischen Politik und Volkswirtschaft geknüpft haben, unerfüllt geblieben sind.

Die von den Bolschewisten durchgeführte revolutionäre Bewegung hat wieder die alte Erfahrung bestätigt, die bei allen großen sozialen Revolutionen seit der Chartistenrevolution bis zur Gegenwart gemacht worden sind, daß nämlich die politischen Ziele der Revolution eher und nachhaltiger durchgeführt werden können, als die wirtschaftlichen. Die äußere politische und verfassungsmäßige Neugestaltung ist tatsächlich zustande gekommen und hat sich bis heute erhalten. Die wirtschaftliche Umgestaltung ist dagegen gänzlich mißglückt und hat in vielen Punkten zur völligen Rückbildung zu dem älteren, kapitalistischen Wirtschaftssystem geführt. Die politische Macht des Bolschewismus ist noch nicht zusammengebrochen. Auf diesem Gebiet kann also von einem gewissen äußeren Erfolg gesprochen werden; aber dieser Erfolg ist keineswegs auch ein innerer. Das Buchstabenwerk einer Ver-

fassung kann äußerlich aufrecht erhalten werden und dabei braucht dennoch von dem Geiste, von dem die Begründer der Verfassung ausgegangen sind, keine Spur enthalten zu sein. Denn daß die bolschewistische Gesetzgebung durch das Rätssystem eine vollkommeneren, den wahren Volksabsichten angepaßtere geworden sei, wird niemand behaupten wollen. Wie viele der Gesetze und Verordnungen der Räterepublik mußten nach kurzem wieder aufgehoben werden, andere sind gänzlich unausgeführt geblieben.

Die Beamten sollten an Zahl bedeutend reduziert werden, weil ein großer Teil der Beamten Tätigkeit vom Selbstverwaltungskörper der Räte übernommen werden sollte. Aber gerade unter der Sowjetherrschaft hat eine enorme Vermehrung des Beamtenheeres stattgefunden. Und die Beamten selbst? Sie sollten frei sein von der Willkür und der Korruption der kapitalistischen Ära. Aber alle Erfahrungen, die mit dem neuen Beamtentypus gemacht wurden, haben das Gegenteil erwiesen. Die neuen, von den Räten gewählten Beamten haben sich oft als gänzlich unfähig für ihre Posten erwiesen, und das hat namentlich im Eisenbahnwesen zu den schwersten Mißständen geführt. Die „alten“ Beamten mußten in großem Umfang wieder zu ihren Funktionen herangezogen werden und allgemein wird bei dem neuen Regime über Korruption und Bestechlichkeit des Beamtentums geklagt. So sagt Lenin: „Im Eisenbahnwesen, das vielleicht am anschaulichsten die wirtschaftlichen Zusammenhänge des durch den Großkapitalismus geschaffenen Organismus verkörpert, zeigt sich dieser Kampf des kleinbürgerlichen Elements der Liederlichkeit gegen die proletarische Organisiertheit besonders hervorstechend. Die „Verwaltungs“-Elemente stellen

Saboteure, bestechliche Beamte in großem Überfluß, das proletarische Element kämpft in seinem besten Teile für die Disziplin, aber unter dem einen wie dem andern Element gibt es viele schwankende, „Schwache“, die nicht fähig sind, der „Verführung“ von Spekulation, Bestechung des persönlichen Vorteils zu widerstehen, die um den Preis der Schädigung des ganzen Apparates, von dessen richtiger Arbeit der Sieg über Hunger und Arbeitslosigkeit abhängt, erkaufte wird.“

Das Rätssystem sollte bewirken, daß die Vertreter in den einzelnen Körperschaften die wirkliche Volksstimmung und die wahren wirtschaftlichen Interessen der großen Volksmasse zum Ausdruck bringen. Tatsächlich wird oft nur durch terroristische Mittel erreicht, daß die erwählten Vertreter Anhänger des Bolschewismus sind. Vertreter anderer Parteien oder Richtungen werden systematisch ferngehalten. Die Räteverfassung soll die politische Form des Proletariats sein. Tatsächlich hat sie sich zu einer Diktatur Lenins und seiner Anhänger entwickelt. Vielfach fügen sich die Beamten und Abgeordneten den neuen Verfassungsbestimmungen ohne innerlich irgendwie mit den bolschewistischen Tendenzen einverstanden zu sein.

Dennoch enthält das Rätssystem einen sehr berechtigten Kern: das ist die stärkere und sachgemäßere Heranziehung wirtschaftlicher Sachverständiger bei der parlamentarischen und politischen Arbeit. Der durchaus richtige Gedanke einer berufsständischen Vertretung in den Parlamenten neben den aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Vertretern, ist nur in ganz unzureichender Weise zu verwirklichen versucht worden, denn nicht nur sind in ganz einseitiger

Weise nur die Lohnarbeiter und die ärmsten Bauern als solche Berufsvertreter zugelassen, es ist auch das berufsständische Prinzip zur einzigen Grundlage der politischen Betätigung gemacht, nicht zu seiner Ergänzung: dies führt zu einer bedenklichen Politisierung aller wirtschaftlichen Betriebe. Darin haben aber die bolschewistischen Befürworter des bolschewistischen Rätensystems ganz recht, wenn sie verlangen, daß die sachkundigen Vertreter aus Landwirtschaft, Industrie und Verkehr mitberaten und mitverwalten sollen, daß nicht nur die reinen Politiker und solche, die diesen wirtschaftlichen Fragen fern stehen, die Gesetzgebung und Verwaltung beherrschen sollen. Nur muß dann auch mit dieser Forderung ernst gemacht werden, und es ist nicht möglich, dieses notwendige wirtschaftliche sachverständige Urteil zu erhalten, wenn das aktive und passive Wahlrecht allein auf die Lohnarbeiter und ärmsten Bauern beschränkt wird.

Gänzlich aber hat die D.P. versagt, soweit es sich um die Verwirklichung wirtschaftlicher Ziele handelt. Hier ist sehr bald an die Stelle der Diktatur der Arbeiterklasse die Diktatur Einzelner getreten, und zwar war diese Entwicklung eine ganz naturgemäße. Denn die Bolschewisten gingen von der Fiktion aus, als ob durch Nivellierung der Lohnsätze eine einheitliche und geschlossene Klassenbildung möglich wäre. Von einer Einheitlichkeit und Geschlossenheit kann aber im sog. Proletariat gar nicht die Rede sein. Abgesehen davon, daß schon die industriellen Lohnarbeiter und die ärmsten Bauern durchaus verschiedene soziale Schichten darstellen, ist auch die Lohnarbeiterklasse in sich selbst wieder stark differenziert. Je nachdem es sich um mehr oder

weniger qualifizierte oder unqualifizierte Arbeitsleistungen handelt, sind die größten Verschiedenheiten vorhanden. Dazu kommt noch, daß man auch die Vertreter der dispositiven und der organisatorisch-technischen Arbeit zu der Schicht der exekutiven hinunternivellieren wollte und daß selbst die früheren Unternehmer, die in die Betriebe wieder hineingezogen wurden, mit dem Durchschnittslohn abgefunden werden sollten. Alle die genannten Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher, zwischen qualifizierter und unqualifizierter, zwischen dispositiver und exekutiver Arbeit machten sich in praxi in der schärfsten Weise geltend, und es war ganz unmöglich, die Schicht der einfachen Arbeiter, die nicht die nötige geistige und sittliche Reife hatten, zu Herrschern der Betriebe zu machen. Der erschreckende Rückgang in der Produktivität der Betriebe zwang Lenin dazu, immer mehr das Kollegialsystem aufzugeben und zum System der Einzeldiktatur überzugehen. Dazu zwang aber auch der Mangel an Disziplin, der dadurch hervorgerufen wurde, daß bei dem System der Klassendiktatur jede einheitliche Leitung fehlte. Hier machte man ganz dieselben Erfahrungen, die so häufig bei den Arbeiterproduktivgenossenschaften gemacht wurden. Besonders lehrreich war schon das Experiment, das in der Februarrevolution gemacht wurde, wo schon einmal eine latente D.P. bestand, und wo eine Hauptforderung der Arbeiterschaft: Bewilligung von Staatskredit an die Arbeiterproduktivgenossenschaften, angenommen wurde. Von den 56 Arbeiterproduktivgenossenschaften, die im Juli 1848 mit 3 Millionen Mark Kredit vom Staat unterstützt wurden, bestanden 1853 nur noch 9, die mit Staatskredit ausgestattet wurden.

So hat sich Lenin selbst genötigt gesehen, immer mehr zu den kapitalistischen Lohn- und Arbeitsmethoden zurückzukehren: zur Differenzierung der Arbeitslöhne, zu Prämien für besonders tüchtige Leistungen, ja sogar zu dem schroffsten Mittel des Kapitalismus, zu dem Taylorsystem. In bemerkenswerter Offenheit haben Lenin, Trotzky und die anderen bolschewistischen Führer zugegeben, daß das Proletariat noch gar nicht die Reife, die Erziehung und die kulturelle Höhe habe, um den Anforderungen gerecht zu werden. Dies hat auch zu einer Revision des bolschewistischen Programms geführt, das durch ein neues Programm im März 1919 ersetzt wurde. In diesem Programm wird wörtlich von der Unerzogenheit der Massen gesprochen, die es zu überwinden gelte. Durch hartnäckige, systematische Arbeit müsse die Grundlage einer Arbeitsdisziplin, das äußerste Verantwortungsgefühl und die strengste gegenseitige Kontrolle über die Produktivität bei der Arbeitsleistung erzielt werden. Also dieselbe Klasse, die gleich nach der siegreichen Revolution die politische und wirtschaftliche Diktatur über alle übrigen Volksgenossen ausüben sollte, wird als „unerzogen“ bezeichnet. Lenin ist dennoch optimistisch genug zu glauben, daß durch Erziehung und Gewöhnung nach einer gewissen kurzen Zeit die Arbeiterschaft auf die Höhe gebracht werden könnte, um die besser bezahlten bürgerlichen Intellektuellen entbehren zu können. Dies sind ähnliche Gedanken, wie sie der englische Sozialist Owen aussprach, der schon in seinen im Anfang des 19. Jahrhunderts erschienenen Schriften den Gedanken vertrat, daß durch eine gründliche Erziehung der Charakter der Menschen von Grund aus reformiert und

für die sozialistische Gesellschaftsordnung reif gemacht werden könnte.

Das Fiasko, das man durch das Kollegialsystem der Betriebsräte erlebt hat, führte zu dem neuen Dekret, wodurch die Betriebsräte aufgehoben und durch die Leitung seitens einzelner Organisatoren ersetzt wurden. Lenin hofft allerdings, daß hierdurch kein Rückfall in den Kapitalismus zu befürchten sei, weil durch die Macht der Arbeiterorganisation und die Oberaufsicht der „erprobten Kommunisten“, diese Herrschaftsgelüste unterdrückt werden könnten, da es sich nur um ein Übergangsstadium handle, bis die ganze Arbeiterschaft sich die nötigen Fähigkeiten angeeignet hätte. Zu diesem Zweck ist im neuesten bolschewistischen Programm vorgeschlagen, daß die Arbeiter täglich zwei Stunden ohne besondere Entschädigung auf die Theorie des Handwerks und der Produktion, sowie praktische Ausbildung in der Technik, der Staatsverwaltung und im Militärdienste zu verwenden hätten. Ferner ist durch ein neues Gesetz die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt, während sie früher nur für die Reichen durchgeführt werden sollte. Diese allgemeine Arbeitspflicht, die durch ein neues von Trotzki verfaßtes Gesetz der Sowjetrepublik eingeführt wurde, gibt in 37 Punkten die teilweisen rigorosen Bestimmungen eines militärischen Zwangsystems der Arbeit. Die Arbeiter sollen von überall her, auch aus der Armee und vom Lande gesammelt und mit harten Zwangsmaßnahmen zur Arbeit herangeholt werden. Um die Arbeiten festzustellen, die notwendig in erster Linie geleistet werden müssen, sollen lokale Institutionen geschaffen werden, die den Bedarf an Arbeitskräften ermitteln und die Arbeit verteilen. Schließlich wird

direkt die Militarisierung der Arbeit als „unbedingte Notwendigkeit“ für jede Übergangswirtschaft, die auf dem Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht aufgebaut ist, bezeichnet. Den militaristischen Formationen müßten die „natürlichen Führer und Organisatoren entnommen und ihnen die Arbeiter untergeordnet werden.“ Der Gedanke der allgemeinen Arbeitspflicht hat wie der des Rätessystems zweifellos etwas sehr berechtigtes. Aber diese Arbeitspflicht muß eine sittliche sein, sie muß als ethisches Postulat jedem Bürger, ob reich oder arm und welcher sozialen Schicht er angehören möge, in Fleisch und Blut übergegangen sein. Aber nicht durch militärischen Drill und durch einen Zwang für die Einzelnen, bestimmte Arbeiten zu leisten, kann die Arbeitspflicht wirtschaftlich fruchtbar gemacht werden. Erzwungene Arbeit ist erfahrungsgemäß schlecht. Es ist ein merkwürdiger Widerspruch, daß Lenin, der zu der kapitalistischen Methode der Wirtschaftsführung seine Zuflucht genommen hat, hier ein Mittel versucht, das dieser Methode widerspricht, die freie Arbeitsleistung voraussetzt.

So wenig die Arbeiter unter diesem Zwangssystem bereit sein werden, tüchtige Leistungen auszuführen, so wenig werden die Techniker, die bürgerlichen Spezialisten und Organisatoren gewillt sein, unter der Oberaufsicht von erprobten Kommunisten zu arbeiten; der Gedanke, daß in kurzer Zeit die einfachen Arbeiter durch Erziehung und Gewöhnung die Fertigkeiten sich aneignen könnten, um die zunächst noch den höher bezahlten Angestellten anvertrauten Leistungen auszuführen, ist utopisch. Alles sollte nach bolschewistischer Auffassung der schöpferischen Kraft der Massen anvertraut werden. Es fehlt vollkommen das Verständnis für die Bedeutung der Einzel-

persönlichkeit, des Talents, der schöpferischen Kraft. Solche Persönlichkeiten können sich nur entfalten, wenn ihnen die nötige Freiheit und der Spielraum zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten gegeben wird.

Ob sich einmal der Traum der Bolschewisten verwirklichen und die Menschheit einmal in der Zukunft ein Stadium erreichen wird, wo alle freiwillig und gern ohne jeden Zwang arbeiten werden, können wir ruhig der Zukunft überlassen. Wir haben jetzt harte Gegenwartsarbeit zu leisten. Ob es sich um ein Land wie Rußland handelt, wo die reichen Naturschätze nur auf organisatorische und schöpferische Kräfte warten, um noch zu einer enormen Steigerung des Volkswohls ausgenutzt zu werden, oder um ein Land, wie Deutschland, wo unter ungünstigen Naturbedingungen und unter den harten Bedingungen des Versailler Vertrags nur durch intensive geistige Arbeit der Volkswohlstand wieder auf die alte Höhe gebracht und erhöht werden kann —, in beiden Ländern brauchen wir vor allem Persönlichkeiten, die, durch schöpferische Kraft und mit Wagemut ausgestattet, diese Leistungen vollbringen können. Achtung vor geistiger Arbeit und Verständnis für freie schöpferische Persönlichkeit vermissen wir bei der Art, wie die D. P. in Rußland durchzuführen versucht wurde. Sie entsprechen aber der Diktatur der Vernunft, die über alle Zeitströmungen hinaus doch zum Sieg kommen wird und zum Sieg kommen muß.

